

DER GRÜNSPECHT



Die Information von *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN* Ortsverband Titz

Feuerwehr in der Gemeinde Titz

Ausgabe 1 / 2011



tung gewaltig gestiegen und verlangt dem einzelnen Feuerwehrmann immer mehr ab.

Drei Löschzüge bilden die Grundstruktur

Auf Grund der gestiegenen Anforderungen können die relativ kleinen Löschgruppen der einzelnen Dörfer nicht isoliert voneinander arbeiten. Dazu kommt noch, dass im Vergleich zu früher immer weniger Menschen im Ort oder ortsnah ihren Arbeits-

Feuerwehr fest in unseren Dörfern verankert

Die Feuerwehr ist aus dem Leben unserer Dörfer nicht wegzudenken. Sie ist ein ganz wichtiger Aspekt der Daseinsfürsorge. Ob Brandbekämpfung, Hilfeleistung bei Unfällen, Beseitigung von Schäden etwa bei Unwetter - immer ist sie da. In den einzelnen Dörfern existiert die freiwillige Feuerwehr z.T. schon seit über 100 Jahren. Mit dem Wandel der Zeit sind die Anforderungen sowohl der Hilfeleistung, denkt man nur an Verkehrsunfälle, als auch an die technische Ausstat-

platz haben, so dass nur eine begrenzte Anzahl von Feuerwehrleuten tagsüber im Ernstfall zur Verfügung steht. Die Löschgruppen der einzelnen Dörfer haben sich deshalb zur Gefahrenabwehr im Gemeindegebiet organisatorisch zu drei Löschzügen zusammengeschlossen.

Zentren der Züge sind Hasselsweiler Titz und Rödingen

Hasselsweiler mit der dortigen Feuerwehr und den Wehren von Müntz und Gevelsdorf. *Titz*, zusätzlich zur eigenen

Feuerwehr mit den Wehren von Jackerath und Opherten und die *Rödingen* Wehr zusammen mit den Wehren aus Ameln und Kalrath.

Autobahn als neue Aufgabe

Zusätzlich zum Gefahrenfall in der Gemeinde sind unsere Wehren in Kürze auch bei Unfällen auf der Autobahn 44 im Abschnitt von Jackerath bis nach Jülich – Mersch zuständig.

Investitionen der letzten Jahre

Um den heutigen Aufgaben gewachsen zu sein, sind in den letzten Jahren die Feuerwehrwagen, die zum Teil 30 Jahre und älter waren, durch moderne Fahrzeuge ersetzt worden. Weitere Fahrzeugbeschaffungen stehen an.

Nichts geht ohne den ehrenamtlichen Einsatz der Wehrleute

Während es in den Großstädten eine Berufsfeuerwehr gibt, die allerdings immer auch durch freiwillige Wehren verstärkt wird, gibt es bei uns auf dem Land nur die freiwillige Feuerwehr. Alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und gehen ganz normalen Berufen nach. Für ihre Ausbildung, ständige Weiterbildung und die regelmäßigen Übungsdienste stellen sie ihre Freizeit zur Verfügung.

Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans

Zur Zeit wird der Brandschutzbedarfsplan überarbeitet - Ausrichtung auf Aufgaben und Probleme der Zukunft

Die Aufgaben der Feuerwehr, ihre Organisation, ihre Geräteausstattung und ihre Einsatzpläne für die unterschiedlichen Ernstfälle und Gefährdungspotentiale sowie die Personalplanung sind in einem umfangreichen Brandschutzbedarfsplan festgelegt. Dies ist gesetzlich für alle Städte und Gemeinden vorgeschrieben.

Auch die Gemeinde Titz verfügt über einen solchen Plan, der in regelmäßigen Abständen überprüft und fortgeschrieben wird. In der letzten Ratssitzung ist ein erster Teil der Fortschreibung auch mit den Stimmen der GRÜNEN vom Rat be-

schlossen worden. Ein zweiter Teil wird im Laufe dieses Jahres beraten.

Hauptaugenmerk muss auf der Personalentwicklung liegen

Auf Grund der Altersstruktur der Mitglieder der einzelnen Löschgruppen und des geringeren Nachwachsens potentieller neuer Mitglieder im Zuge des demographischen Wandels muss ein Hauptschwerpunkt des noch ausstehenden zweiten Teils des Plans auf der Personalentwicklung liegen.

GRÜNE Arbeitsgruppe

Über die Analyse und die Formulierung von Zielen der Personalplanung hinaus müssen ganz konkrete Maßnahmen

benannt und umgesetzt werden. Eine Arbeitsgruppe der GRÜNEN Fraktion beschäftigt sich deshalb zur Zeit besonders mit diesem Aspekt. Neben Überlegungen, die Mitarbeit in der Feuerwehr dauerhaft attraktiv zu halten, wird es dabei schwerpunktmäßig auch um geeignete Maßnahmen der Werbung neuer Mitglieder gehen. Aus der Analyse des Brandschutzbedarfsplans Teil 1 wird deutlich, dass die aktiven Mitglieder der bestehenden Wehren zum großen Teil ihre Motivation zur Mitarbeit aus ihrer früheren Erfahrung in der Jugendfeuerwehr gefunden haben. Die Arbeitsgruppe wird von daher besonders auch nach Wegen suchen, Jungen und Mädchen für die Mitarbeit zu gewinnen.

www.gruene-titz.de
- immer aktuell -

Resolution gegen Massentierhaltung

Der Rat der Gemeinde Titz hat sich in der Sitzung vom 04.11.2010 einer Resolution der Gemeinde Vettweiß und des Kreises Düren angeschlossen.

Darin geht es darum, eine wirksame Änderung des § 35 BauGB zu erreichen, die den Gemeinden die Möglichkeit geben soll, in eigener Entscheidung den Bau von gewerblichen Betrieben zur Massentierhaltung zu versagen. Die Resolution wurde einstimmig beschlossen.

Über diese Resolution hinaus äußerte sich die GRÜNE Ratsfrau Friederike Fischermann während der Vorberatung im Ausschuss zur Problematik der Massentierhaltung auch in landwirtschaftlichen Betrieben:

Wir tragen die Resolution mit, weil sie sich gegen die gewerbsmäßige Massentierhaltung im großen Stil wendet.

Wir haben allerdings unabhängig vom Resolutionstext weitergehende Vorstellungen. Unserer Meinung nach muss auch die nach §35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB mögliche Massentierhaltung in einem landwirtschaftlichen Betrieb abgeschafft werden. Im Text zu diesem Paragraphen wird zwar die Vorgabe ge-

macht, dass die Tierhaltung überwiegend aus eigener landwirtschaftlich genutzter Futterfläche erfolgen soll. In der Praxis wird das aber meist sehr dehnbar ausgelegt und führt oft zu großem Fremdzukauf von Futtermitteln, so dass oft ähnliche Zustände herrschen wie bei gewerblichen Betrieben.

Diese Privilegierung der Landwirtschaft abzuschaffen, ist allerdings ein eigenes Ziel, das rechtlich noch ausführlich betrachtet werden muss. Es ist unabhängig vom Ziel der hier vorliegenden Resolution.

Um das gemeinsame Ziel der Abschaffung der gewerblichen Privilegierung zu erreichen, können wir dem Text zustimmen, obwohl er die Privilegierung der landwirtschaftlichen Massentierhaltung nach §35 Abs. 1 Nr. 1 (zur Zeit noch) unberührt lässt.

Unser Ziel ist es, unabhängig von der heutigen Resolution, in einem zeitlich gesehen späteren Schritt die Privilegierung der Landwirtschaft in diesem Bereich abzuschaffen. Die GRÜNE Bundestagsfraktion arbeitet zur Zeit daran in einem Gesetzentwurf.

GRÜNE Anträge im Titzer Rat beschlossen

Antrag zur Bergschadensproblematik
Wegen der Nähe zum Tagebau Garzweiler II, den damit verbundenen Grundwasserabsenkungen und tatsächlichen und möglichen Bergschäden, lädt die Gemeinde Titz auf Antrag der GRÜNEN das „Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V. des Rheinischen Braunkohlenreviers“ für eine der nächsten Sitzungen ein, um dem Verein die Möglichkeit zu geben, seine Ziele und seine Arbeit vorzustellen.

Auf Anregung der CDU Fraktion werden zudem durch die Verwaltung Informationen über das Netzwerk bei anderen Kommunen, die bereits Mitglied sind, eingeholt. Gleichzeitig ist ebenfalls auf Anregung der CDU auch der Anrufungsstelle Bergschäden beim Regierungspräsidenten Köln die Möglichkeit zur Vorstellung zu geben.

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion zur Nutzung der Solarenergie auf gemeindeeigenen Dachflächen wird von den anderen Fraktionen ausdrücklich begrüßt.



Es wird angeregt, Solaranlagen selbst zu betreiben und auf eine Verpachtung von Dachflächen zu verzichten, wenn dies rechtlich für die Gemeinde möglich ist. Hierzu erklärt Bürgermeister Frantzen, dass die Gemeinde als privater Hauseigentümer durchaus Solaranlagen betreiben darf.

Einstimmiger Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Dachflächen öffentlicher Gebäude der Gemeinde für So-

Agrarwende fortsetzen

Der Dioxinskandal führt uns einmal mehr vor Augen: Eine Lebensmittelerzeugung, die nur auf Kostenoptimierung und Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, wird dauerhaft keine sicheren, qualitätsvollen Lebensmittel herstellen können. Wir GRÜNEN fordern darum eine Agrarpolitik, die auf die Förderung einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft, die Stärkung des ökologischen Anbaus und den Ausbau regionaler Kreisläufe setzt.

KURZ + GUT

Interessante Information für alle Apfelbaum- und Obstwiesenbesitzer
Die Kreisgruppe des BUND hat eine mobile Apfelpress- und Abfüllstation angeschafft. Der Ortsverband Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Titz hat sich daran mit einer Spende beteiligt. Am 15.10.2011 von 10.00 - 16.00 Uhr kommt das Saft-Mobil nach Titz. Beizeiten werden wir auf unserer Website an den Termin erinnern und den Standort mitteilen.

KURZ + GUT

Bürgerservice verbessert
Unter www.gemeinde-titz.de hat die Gemeindeverwaltung seit kurzem den Ratsinformationsdienst eingerichtet. Alle Ausschuss- und Ratstermine und alle Beratungsthemen aus dem öffentlichen Teil der Gremien einschließlich der dazugehörigen Sachinformationen und Anlagen sind abrufbar. Auch die Protokolle der Sitzungen können sie downloaden.

www.gruene.titz.de immer aktuell

anlagen geeignet sind. Ebenfalls soll überprüft werden, in wieweit unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und mittelfristigen Haushaltslage zumindest in begrenztem Umfang eine Investition in Solaranlagen auch unter Einsatz öffentlicher Förderprogramme für Kommunen möglich ist.



Wollen Sie auch selbst in die Zukunft investieren?

Überlegen Sie energiesparende Maßnahmen für ihren persönlichen Bereich wie Heizung, Hausbau, Hausrenovierung, Stromsparen?
Möchten Sie wissen, welche Förderprogramme es gibt?

Unter www.gruene-titz.de finden Sie im EnergieSparRatgeber kompetente Informationen und Ratschläge.

GRÜNE Handschrift auch bei Planung des Jugendparlaments

Mit der Schaffung des Jugendparlaments geht ein Anliegen der GRÜNEN in Erfüllung, dass sie schon in der Vergangenheit aktiv betrieben haben, aber gegen die damalige Mehrheit nicht durchsetzen konnten. Dass nunmehr auf Vorschlag des Sozialpädagogen der Gemeinde alle Fraktionen im Rat die Einrichtung des Jugendparlamentes beschlossen haben, freut uns.

Bei der Planung der Grundkonzeption

und bei dem Rahmenkonzept für die Satzung des Parlamentes haben die GRÜNEN sich aktiv beteiligt. Besonders ging es uns um die vollständige Eigenständigkeit der Kinder und Jugendlichen in ihrem Gremium sowie ein Höchstmaß an Beteiligung in den sie betreffenden Ausschüssen; zentrale Aspekte, die in den gemeinsamen Ratsbeschlüssen eingegangen.

Aktionsbündnis Westcastor – Verkehrte Welt? Warum der Atomschrott in Jülich bleiben soll



Foto: GRÜNE Titz bei der Demo in Jülich

Initiativen gegen Atommüll gibt es viele. Einige sind gegen Endlagerstätten, viele gegen Atommülltransporte, die meisten in letzter Konsequenz gegen die Produktion neuen Mülls.

In Jülich gibt es nun die Westcastor-Initiative und die will den Atommüll aus dem Kernforschungslabor Jülich behalten - und das aus gutem Grund.

152 Castoren voller atomarer Altlast, so groß ist das Lager, dass sich auf dem Gelände der ehemaligen Kernforschungsanlage Jülich angesammelt hat. Eine Altlast, die nach Wunsch der Betreiber bald ihren Weg in das Zwischenlager Ahaus antreten soll. Doch dieser Transport wäre nicht nur mit den bekannten Risiken behaftet, obgleich diese wahrlich schon groß genug wären.

In Jülich wurde über Jahrzehnte hinweg an dem Modell des Kugelhaufenreaktors gearbeitet. Die Hinterlassenschaft, meh-

re hunderttausend strahlende Kugелеlemente, sind aufgrund Ihrer untypischen Beschaffenheit und der dadurch benötigten Lagerungs- und Transportbedingungen nicht mit den normalen Transportmethoden der Energiewirtschaft zu transportieren. In der Folge wären möglicherweise bis zu 150 Einzeltransporte zu erwarten. Damit könnte Jülich zum Symbol eines unrühmlichen Rekords werden, denn es steht zu befürchten, dass hier die Weichen für den größten Atommülltransport aller Zeiten gestellt werden.

Als Grund für das Verschieben des Mülls nach Ahaus werden die Kosten für die notwendige Modernisierung des Zwischenlagers Jülich angeführt. Die enormen Kosten für den Transport in das ebenfalls nur bis 2036 genehmigte Zwischenlager Ahaus und die Sicherung durch die Polizei sind dabei allerdings ebenso unberücksichtigt wie der gesellschaftliche Schaden, den diese

W.I.R.: „Die anderen sind viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt“

Jeder, der aufmerksam die Ratsarbeit in der Gemeinde Titz verfolgt und die Presseberichte in der Lokalzeitung liest, weiß, dass dies nicht stimmt. Im Titzer Rat, in der keine der Fraktionen allein eine Mehrheit hat, bemühen sich alle Beteiligten, zu tragfähigen Mehrheiten und Beschlüssen zu kommen.

Eigene Probleme der W.I.R.

Die W.I.R. zeigt mit der oben genannten Behauptung in ihrem Klartext 2/2010 auf die anderen, unterlässt es aber, über die eigenen Probleme zu informieren. So gab es interne Unstimmigkeiten, die dazu führten, dass der Gründer der Wählergemeinschaft, Dieter Riemenschneider, die Wählergruppe und die Fraktion verlassen hat. Er ist nun als Einzelkämpfer im Rat.

Sowohl Herr Riemenschneider als auch die anderen Protagonisten der Wählergemeinschaft haben es nicht geschafft, die internen Unstimmigkeiten beizulegen. Das hat dazu geführt, dass die W.I.R. so geschwächt ist, dass sie ihr eigenes Wahlziel, die CDU als Mehrheitspartei abzulösen und zu schwächen, verspielt hat. Mehrheitsentscheidungen gegen die CDU, die mit SPD; GRÜNEN und W.I.R. in Sachfragen Anfang des Jahres 2010 realisiert wurden, sind jetzt nicht mehr möglich; es sei denn, die FDP zieht mit. Wenn auch jetzt für alle im Rat Beteiligten nichts ohne die jeweils anderen Fraktionen geht, so geht auch kaum etwas ohne die CDU, die –wer kann es ihr verdenken – die lachende Dritte ist.

Sankt-Florians-Politik verursacht.

Am 30.01. diesen Jahres machten jedenfalls bereits mehrere hundert besorgte Bürger unter dem Motto „STOP Westcastor“ bei einem Demonstrationzug vor Ort ihrem Herzen Luft. Das Aktionsbündnis kann sich dabei auf eine breite Basis aus Parteien, Initiativen und einzelnen Bürgern stützen. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN werden durch ihren Kreisgeschäftsführer René Becker im Sprecherkomitee des Bündnisses vertreten.

Die GRÜNEN in Titz unterstützen die Ziele des Bündnisses und werden auch in den kommenden Wochen für einen vernünftigen Umgang mit der gefährlichen Altlast werben.

Schäden durch den Braunkohlentagebau auch in der Gemeinde Titz möglich

Gebäudeschäden bzw. Schäden an Außenanlagen als Folge durch den Tagebau können jeden Haus- und Grundbesitzer treffen.

Bislang sind die Folgen und Auswirkungen durch tektonische Veränderungen, hervorgerufen durch den Tagebau, lange noch nicht in ihrem vollen Umfang bekannt.

Schäden an Gebäuden und Außenanlagen, die als Auswirkung des Tagebaues entstanden sein können, werden zudem von den Betreibern in den seltensten Fällen ohne weiteres anerkannt. Denn anders als beim Steinkohlebergbau liegt bei Schäden mit Verdacht auf eine Auswirkung durch den Braunkohlentagebau die Beweislast beim Geschädigten!

Was passieren kann, sind mögliche Rissbildungen in Gebäudewänden, klemmende Fenster und Türen sowie Fliesenböden, die aus nicht ersichtlichen Gründen reißen und scheinbar nicht mehr zusammenpassen. Oftmals sind es auch Kombinationen aus diesen Anzeichen.

Wichtige Informationen für Betroffene aber auch Interessierte liefert das Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V. des rheinischen Braunkohlenreviers
Hauptstraße 102-104; 50126 Bergheim; Tel. 02271-569595; info@NetzBeGe.de
lwww.NetzBeGe.de

Hierin haben sich Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Experten zusammengefunden, um das Wissen und die Auswirkungen der Braunkohletagebaue in unserer Region zu sammeln, zu verarbeiten und anzuwenden.

Unter dem angegebenen Link finden Sie im Menüpunkt unter: „Unser Verein“ Unterpunkt „Unsere Geschäftsstelle“ eine Animation, die sehr gut veranschaulicht, wie eine Gebäudeabsenkung durch den fallenden Grundwasserspiegel entstehen kann, sowie die möglichen Folgen, wenn in etlichen Jahren der Grundwasserspiegel wiederhergestellt wird. Aufgrund seiner Struktur vertritt das Netzwerk allerdings keine grundstücks-

bezogenen Schadensfälle sowie keine Interessenwahrnehmung von Schadenersatzansprüchen bzw. Einzelfallprüfung, ob ein Bergschaden besteht.

Einer seiner Schwerpunkte ist es, mögliche Auswirkungen des Bergbaus grundsätzlich zu bewerten und allgemeine Aufklärung potentiell Betroffener zu betreiben.



Von großem Interesse ist es, alle bekannten Schäden im Netzwerk zu sammeln, damit dort eine möglichst konkrete Auflistung über den genauen Ort und das Ausmaß des Schadenumfanges erfolgen kann, ähnlich einem Kataster. Hierdurch wird es u.a. möglich, tektonische Linien zu erkennen und deren Verlauf und Auswirkungen zu dokumentieren.

Langfristig geht es dem Netzwerk um die Verbesserung der Bergschadensregulierung und um die Umkehr der Beweispflicht.

Titzer GRÜNE Mitglied im Netzwerk
Der Ortsverband Titz Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ist seit 2010 Mitglied im Netzwerk Bergbaugeschädigter e.V. Wir unterstützen aktiv die Arbeit dieser Bürgerinitiative.

Als weitere Unterstützung der Betroffenen hat zum 01.09.2010 die Anrufungsstelle für Betroffene von Bergschäden bei der Bezirksregierung Köln ihre Arbeit aufgenommen:

Vorsitzender der Anrufungsstelle ist Herr Gero Debusmann, Präsident des OLG Hamm a.D. Das Gremium wird ergänzt durch einen Vertreter der RWE

Power und der von Bergschäden betroffenen Seite.

Die Geschäftsstelle für die Anrufungsstelle ist bei der Bezirksregierung Köln eingerichtet. Bergschadensbetroffene im Rheinischen Braunkohlenrevier können sich an die Anrufungsstelle wenden, nachdem vorangegangene Einigungsversuche mit RWE Power aus ihrer Sicht nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Das Verfahren ist für die Antragsteller kostenfrei. Durch die Einrichtung einer unabhängigen Anrufungsstelle soll eine mit Kostenrisiken für die Bergschadensbetroffenen verbundene gerichtliche Auseinandersetzung zur Klärung etwaiger Ersatzansprüche möglichst vermieden werden.

Die Geschäftsstelle nimmt schriftliche Anträge entgegen. Die Antragsvordrucke können bei der Bezirksregierung Köln, Geschäftsstelle Anrufungsstelle Bergschaden, Zeughausstr. 4-10, 50606 Köln, Tel. 0221/147- 2500 schriftlich oder telefonisch angefordert werden bzw. sind im Internetangebot unter www.bezreg-koeln.nrw.de zum download bereitgestellt.

Weitere Informationen zur Anrufungsstelle und zum Verfahrensablauf erteilt die Geschäftsstelle zu folgenden Zeiten:

Montags und donnerstags von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr und dienstags, mittwochs und freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr oder sie können dem Internetangebot der Bezirksregierung Köln entnommen werden.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Titz

Wünschen Sie Informationen? Haben Sie Anregungen oder Fragen?
Wir sind für Sie da:
Grüner Ortsverband Titz
Erhard Dohmen Tel. 905717
Mail erhard.dohmen@dn-connect.de
Grüne Ratsfraktion:
Dierk Simons Tel. 1583
Mail dierk.simons@dn-connect.de